

«Bereit, Zukunft aktiv anzugehen»



Der Champagner ist kalt gestellt: Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gibt nach dem Abstimmungserfolg Interviews – gut gelaunt.

Bild Yanik Bürkli

Mit dem Ja zum Mantelgesetz über die Gebietsreform sende man ein wichtiges Signal, sagt Regierungsrätin Barbara Janom Steiner. Froh ist sie auch über das Nein zu Ecopop. Bei einem Ja wäre Graubünden «vor einer Katastrophe» gestanden.

Mit Barbara Janom Steiner sprach Reto Furter

Frau Janom Steiner, ein Abstimmungs-sonntag nach Mass, zumindest für Sie. Der Champagner ist kalt gestellt, oder? Barbara Janom Steiner: Der Champagner ist kalt gestellt, ja. Darauf darf man anstossen.

Reicht eine Flasche?

Das reicht, ja. Die Regierung stösst morgen Dienstag sicher auch noch an, bei der Verabschiedung von Regierungsrat Hansjörg Trachsel.

Ihre Gebietsreform ist unter Dach und Fach: Fast zwei Drittel aller Bündner sagen Ja.

Das ist sehr erfreulich. Sehr erfreulich ist auch, dass in kurzer Zeit zwei wichtige kantonale Vorlagen angenommen wurden.

Finanzausgleich und Gebietsreform?

Ja, Finanzausgleich und Gebietsreform. Die Bündner Bevölkerung ist offensichtlich bereit, ihre Zukunft aktiv anzugehen. Der Reformwille ist da, und die Bevölkerung hat Vertrauen in die Regierung, in den Grossen

Rat und in die Gemeinden. Die Zielsetzung aller Reformen war ja immer, dass wir die Gemeinden und ihre Autonomie stärken wollten.

Das wollten die Gegner auch, deshalb waren sie gegen die Reform.

Stimmt, ja. Aber offensichtlich hat die Bevölkerung verstanden, dass wir mit einfacheren, schlankeren und effizienteren Strukturen, wie wir das wollen, weiter kommen. Dass wir die Gemeinden mit dem Ja stärken können, ist ein wichtiges staatspolitisches Signal.

«Kritik war nicht parteipolitisch begründet»

Fast zwei Drittel sagen Ja – aber jeder Dritte war dagegen. Das ist viel.

Das Resultat ist klar. Dass Widerstand und Kritik aufkommen würden, war schon im Grossen Rat klar. Kritik kam von jenen Regionen, deren Regionalverbände derzeit anders organisiert sind.

Und mit der SVP und der CVP waren zwei grosse Parteien dagegen.

Bei der einen Partei weiss man bis heute nicht, ob sie wirklich dagegen war. Ihr Präsident Heinz Brand sass ja immerhin im Befürworter-Komitee. Die Kritik war nicht parteipolitisch

begründet, sondern kam vor allem aus jenen Regionen, in denen jetzt mehr umgesetzt werden muss als in anderen, deren Regionalverbände schon so organisiert sind, wie wir das vorsehen. Die Kritik war insofern voraussehbar.

Ganz überzeugt waren Sie selbst nicht. Vor Ihnen liegt eine vorbereitete Medienmitteilung für, wie es wörtlich heisst, «den Fall einer Zustimmung». Es gibt offenbar auch eine andere Mitteilung, falls ein Nein resultiert hätte. Die gibt es in jedem Fall, bei jeder Abstimmung. Man muss auf jedes Ergebnis vorbereitet sein.

Für Sie war es auch eine Prestigeabstimmung, Frau Janom Steiner. Die bisher makellose Bilanz Ihrer Amtstätigkeit hätte bei einem Nein einen Klecks erhalten.

Ein Nein hätte ich akzeptieren müssen ...

Natürlich – aber darum geht es nicht.

Nein, das war keine Prestigeabstimmung für mich. Ich habe das Departement zu einer Zeit übernommen, als Reformen anstanden. Natürlich freut es mich, wenn ich diese Reformen dann auch realisieren kann, weil die Bevölkerung dahintersteht. Das freut mich persönlich, aber es freut mich auch für alle Mitarbeiter, die daran gearbeitet haben.

Es ging bei der Abstimmung nicht um die Gebietsreform, nicht um die Regionen, sondern nur um die nötigen Anpassungen und Fragen der Organisation der neuen Regionen. Es ist den Befürwortern und Ihnen bis zum Schluss nicht restlos gelungen, das den Stimmbürgern klarzumachen.

Doch. Bis zum Schluss wussten die Stimmbürger, dass es nicht um die Gebietsreform geht, sondern um eine technische Vorlage, nämlich um die Anschlussgesetzgebung. Und auch davon stand nur ein Teil in der Kritik. Andere Teile waren völlig unbestritten.

Die hat niemand durchgelesen, weil sie zu kompliziert sind. Vermutlich nicht alle, ja.

Komplizierte Vorlagen, die sich nicht in einem Satz erklären lassen, können in einer direkten Demokratie auflaufen. Diesmal nicht.

Das ist eine generelle Gefahr, auch bei Finanzvorlagen, weil diese schwierig in allen Punkten darzulegen sind.

«Die Stimmbürger sind erwacht»

National haben sich die Bündner Stimmbürger resolut gezeigt. Nur jeder Fünfte sagte Ja zur Gold-Initiative und zu Ecopop. Bei der Ecopop-Initiative hätte man Schlimmeres befürchten können.

Das Zeichen ist deutlich, schweizweit und auch bei uns. Die Stimmbürger sind erwacht nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative vom Februar. Es zeichnet sich immer mehr ab, wie schwierig es nach dem Ja ist, ein gutes Verhältnis zur EU zu finden, wie schwierig es auch ist für die bilateralen Verträge. Ecopop wäre da noch viel weiter gegangen, aber die Stimmbürger konnten sich dafür nicht mehr erwärmen.

Bei einem Ja zu Ecopop hätte sich die schlechte Stimmung der Schweiz gegenüber nochmals deutlich verstärkt. Sie hätten das Budget 2015 vermutlich grad nochmals neu rechnen können. Auf das Budget 2015 hätte das keinen Einfluss gehabt.

Aber auf die Rechnung 2015.

Das ist möglich, ja. Aber wir sind jetzt glücklich, haben die Schweizer Nein zu Ecopop gesagt. Wir wären vor einem riesigen Problem gestanden, ja: vor einer Katastrophe.

Etwas kleiner, aber noch immer sehr spürbar wäre das Loch in der Kasse bei einer Abschaffung der Pauschalbesteuerung gewesen.

Wir hätten mit dem Wegzug von Pauschalbesteuerten rechnen müssen, im schlimmsten Fall hätten uns 35 Millionen Franken Steuergelder im Kanton und in den Gemeinden gefehlt.

Drei von zehn Bündner ficht das nicht an. Knapp 30 Prozent sagen Ja zur Abschaffung.

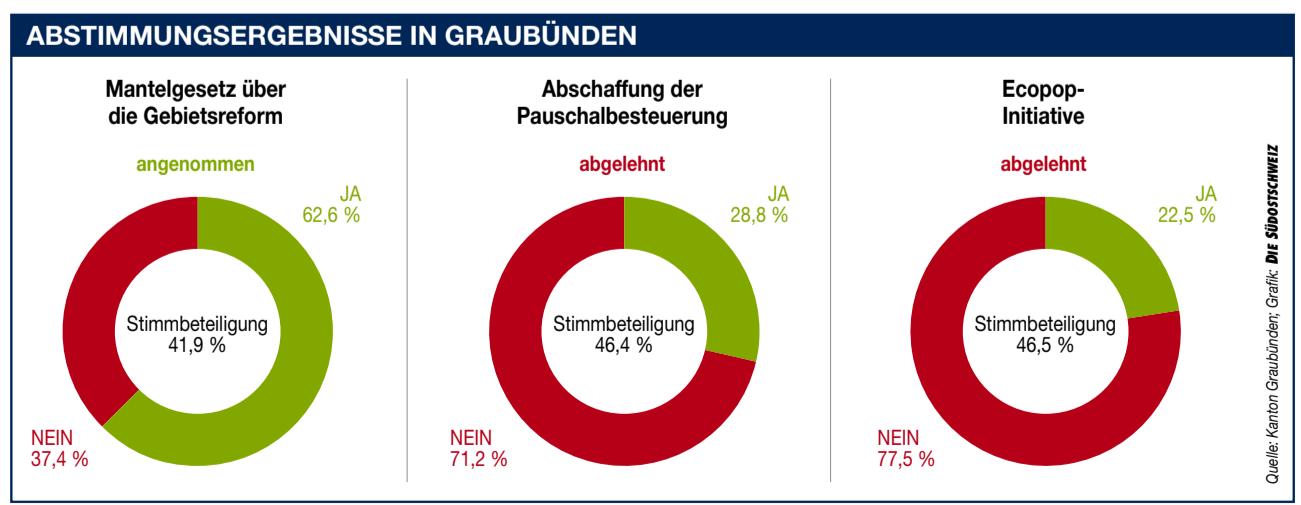
Das muss ich zur Kenntnis nehmen.

Schlechte Bündner?

Sicher nicht, nein! Mit Bezug auf die Steuergerechtigkeit ist viel diskutiert worden, aber man muss die Pauschalsteuer als Standortförderungsmassnahme betrachten, die den Berg- und Randgebieten zusätzliches Steuerpotenzial ermöglicht. Die Frage ist nicht, ob das gerecht ist oder nicht, sondern, ob man das Steuerpotenzial will oder nicht.

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral?

Nein, das kann man so nicht sagen. Die Pauschalbesteuerung ist eine Ungleichbehandlung, aber eine gerechtfertigte und eine, die im volkswirtschaftlichen Interesse ist.



BÜNDNER ABSTIMMUNGEN

Die Bündner nahmen gestern Stellung zu nationalen, kantonalen und kommunalen Vorlagen:

■ Mantelgesetz zur Gebietsreform	Seite 3
■ Abschaffung der Pauschalsteuer	Seite 4
■ Ecopop-Initiative	Seite 4
■ Sparvorlagen Chur	Seite 5
■ Gemeindepräsidium Landquart	Seite 8
■ Signalbahn St. Moritz	Seite 9